

## Frauenbeitrag

### Mehr Unterstützung für Hebammen

**Der Beruf der Hebammen ist der älteste und schönste Beruf seit der Menschheitsgeschichte. Es werden täglich in ganz Deutschland Kinder geboren, aber nicht immer in einem Kreißaal. Ein Grund dafür sind die fehlenden Kreißsäle. Gerade im ländlichen Raum werden Geburtstationen geschlossen.**

Bis zur nächsten Klinik sind es oftmals bis zu 90 Kilometer Wegstrecke, die die werdenden Mütter zurücklegen müssen. Die gleiche Strecke fahren dann auch die Hebammen, wenn sie zur Nachsorge in die Haushalte fahren.

Doch vielerorts fehlen Hebammen, sodass die Anfahrtswege und der zeitliche Aufwand nicht im Verhältnis steht. Eine gute Geburtshilfe ist nur mit guten Arbeitsbedingungen für alle Hebammen möglich. Das bedeutet, dass es auch genügend Hebammen geben muss.

Der Berufsstand steht vor großen Herausforderungen: Da ist zum einen das Problem ständig steigender Haftpflichtprämien. Zum anderen sind die Arbeitsbedingungen in vielen Kliniken unerträglich: Überstunden und Unterbesetzung sind an der Tagesordnung.

Für Beleghebammen sind seit Januar 2018 neue Abrechnungsregelungen in Kraft getreten, welche zwar eine 17-prozentige Vergütungssteigerung ausmachen, aber auch einen größeren Dokumentationsaufwand hervorrufen, der wiederum nicht vergütet wird. Ob sich dies rechnet, bleibt abzuwarten.

Wir Frauen im SoVD fordern von unseren Politikerinnen und Politikern, sich für Anerkennung des Berufes der Hebammen sowie deren Arbeitsbedingungen einzusetzen.

Wir Frauen im SoVD setzen uns für eine bessere Vergütung der Leistungen der Hebammen ein. Sie haben keinen geregelten Arbeitstag, schnell werden aus acht Stunden schon mal zwölf oder mehr Stunden. Das muss anständig honoriert werden. Mehr Qualität in der Geburtshilfe durch eine engere Betreuung jeder Frau ist ein wünschenswertes Ziel aller Hebammen und der schwangeren Frauen.

Jede Frau möchte sich bei der Geburt ihres Kindes im Kreißaal wohlfühlen und spüren, dass die Hebamme für sie da ist und nicht, dass diese drei bis fünf Frauen parallel während der Geburt betreut. Viele Hebammen wollen daher nur noch in Teilzeit arbeiten oder sich aus der Geburtshilfe oder der Wochenbettbetreuung zurückziehen. Die Folge: Frauen finden einfach keine Hebamme mehr! Dieser Missstand muss endlich behoben werden.



**Erika Kannenberg**  
Mitglied im

**Bundesausschuss**

SoVD macht sich im DBR stark: Brief an Merkel

## Behindertenpolitische Themen berücksichtigen

**SoVD-Präsident Adolf Bauer ist in diesem Jahr Vorsitzender des Sprecherrates des Deutschen Behindertenrates (DBR). In dieser Funktion schrieb er Mitte Januar einen offenen Brief an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (CDU).**

Er bringt zum Ausdruck, dass die Behindertenverbände von den Ergebnissen der Sondierungsgespräche von CDU, CSU und SPD enttäuscht sind. In dem Schreiben heißt es: „Behindertenpolitisch zentrale Themen wurden weitestgehend ausgespart. So wird die Barrierefreiheit genauso wenig angesprochen wie die wichtigen Bereiche Arbeit und Bildung. Vor diesem Hintergrund erlauben wir uns, die behindertenpolitischen Forderungen des DBR zu übersenden.“ Dem DBR sei bewusst, dass die Sondierungsergebnisse lediglich Vorläufer von Koalitionsverhandlungen darstellen und (noch) nicht alle politisch relevanten Punkte enthielten. Daher bittet Adolf Bauer mit Nachdruck, die Vorschläge des DBR bei möglichen Koalitionsverhandlungen zu berücksichtigen.

In 40 Prozent der Fälle geben die Gerichte den Leistungsempfängern statt

## Hartz-IV-Klagen haben oft Erfolg

**Zum neuen Jahr wurden die Hartz-IV-Regelsätze erhöht. Für Alleinstehende bedeutet dies eine Erhöhung um 7 auf 416 Euro im Monat. Für Paare wird die Leistung um 6 auf 374 Euro pro Person erhöht (wir berichteten). Viele Empfängerinnen und Empfänger klagen aus unterschiedlichen Gründen gegen die Bescheide – mit Erfolg.**

Wie aus aktuellen Medienberichten hervorgeht, registrierte die Bundesagentur für Arbeit (BA) im Jahr 2017 insgesamt 639 138 neue Widersprüche. Das entspricht einem Rückgang im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 Prozent. In jedem Monat gehen bei der BA jedoch immer noch mehr als 50 000 Widersprüche ein. Dabei kann sich fast die Hälfte der klagenden Hartz-IV-Empfänger durchsetzen.

### In einigen Fällen grobe Fehler der Ämter festgestellt

So gingen von den 116 053 verhandelten Klagen im letzten Jahr 46 395 (40 Prozent) ganz oder teilweise zugunsten der Empfänger aus, das entspricht 40 Prozent der verhandelten Fälle, die durch einen entsprechenden Urteilspruch oder über einen Vergleich abgeschlossen wurden.

In mehr als 35 Prozent der Fälle gaben die Jobcenter den Beschwerden der Empfängerinnen und Empfänger ganz oder teilweise statt. Dabei lagen in mehr als der Hälfte der Entscheidungen zugunsten der Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II zum Teil offenbar grobe Fehler der Ämter vor.

Die meisten Widersprüche richteten sich gegen die Bescheide zur Aufhebung oder Erstattung von Leistungen (43 655 Fälle). Geklagt wurde zudem gegen die Anrechnung von Einkommen beziehungsweise Vermögen (35 355),



Foto: Petair/fotolia

### Bei den Klagen gegen Hartz-IV-Bescheide geht es häufig um die Übernahme von Miet- und Heizkosten.

die Übernahme von Kosten der Unterkunft und Heizung (24 859 Fälle) sowie gegen die Zugangsvoraussetzungen für Hartz IV (13 022).

In den Streitfällen ging es vor allem um die Übernahme der Unterkunftskosten, Rückzahlungsforderungen und Untätigkeitsklagen gegen die Jobcenter.

### Kritik an Methode der Berechnung der Regelsätze

Die Gerichte verhandeln monatlich etwa 9 500 neue Klagen – ebenfalls ein leichter Rückgang um 2,9 Prozent.

Der sogenannte Regelsatz, der das Existenzminimum sichern soll, beruht auf einem Index, der sich am Anstieg von Preisen und Nettolöhnen orientiert. Die Kritik an dieser Berechnungsmethode dauert an. Verbände wie der SoVD

und andere Organisationen halten sie für nicht bedarfsgerecht. Hinzu kommt, dass die Jobcenter zunehmend riesige Summen an Geldern, die eigentlich für Eingliederungshilfen gedacht sind, zur Deckung von Verwaltungskosten benutzen. 2018 wird hinsichtlich der umgeschichteten Gelder eine Rekordsumme von einer Milliarde Euro erwartet.

Laut jüngsten Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) beziehen derzeit rund sechs Millionen Menschen Hartz-IV-Leistungen. Die angegebenen Regelsätze gelten für Langzeitarbeitslose, für Rentnerinnen und Rentner, deren Altersbezüge nicht zur Sicherung des Existenzminimums ausreichen, für Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner sowie für Asylbewerberinnen und -bewerber.

Rehabilitation wird ausgezeichnet – SoVD hat Vorschlagsrecht

## Medaille für Rehabilitation

**Die Deutsche Vereinigung für Rehabilitation (DVfR) verleiht die Kurt-Alphons-Jochheim-Medaille für besondere Verdienste in der Rehabilitation. Alle Mitglieder der Vereinigung, darunter der SoVD, haben das Vorschlagsrecht. Der Preis wird im November verliehen.**

Mit dieser Auszeichnung würdigt die DVfR Leistungen von Personen und Einrichtungen, die die individuelle und umfassende Rehabilitation von Menschen mit Behinderung oder von Behinderung bedrohter Menschen in herausragender Weise fördern und zu ihrer Selbstbestimmung und Teilhabe beitragen. Gesucht werden dafür Konzepte und Initiativen, die den interdisziplinären Charakter der Rehabilitation herausstellen, die Teilhabe und

Inklusion fördern und die Betroffenen aktiv miteinbeziehen.

Alle DVfR-Mitglieder, darunter der SoVD, können bis



Foto: DVfR

**Die ausgelobte Medaille.**

zum 28. Februar Vorschläge mit Begründung einreichen.

Der geschäftsführende Vorstand leitet das Auswahlverfahren. Die Verleihung der Kurt-Alphons-Jochheim-Medaille 2018 findet im Rahmen der Mitgliederversammlung am 27. November statt.

2017 ging der Preis an Dr. Harry Fuchs, der sich für die Anwendung und Umsetzung des SGB IX im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention eingesetzt hat.